

## In Erwartung des Europäischen Aktionsplans für die Sozialwirtschaft.

Der Europäische Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, Nicolas Schmit, hat einen Aktionsplan für die Sozialwirtschaft für das letzte Quartal dieses Jahres angekündigt. Wenn man sich die Vorarbeiten zu diesem Aktionsplan ansieht dann bekommt man einen Eindruck von der zu erwartenden und ihr zugrundeliegenden Sichtweise. Von Solidarwirtschaft geht keine Rede mehr, das heutige allgemeingültige Kürzel SSW (Sozial-und Solidarwirtschaft) wird ebenfalls nicht benutzt, sondern es wird ein Plan für die Sozialwirtschaft. Im Gegensatz zur Solidarwirtschaft oder der SSW deren vielfältige Protagonisten ein politisches Konzept als Basis ihres Handelns angeben, wird hier der gesellschaftspolitische Aspekt ausgeschlossen und die strategische Ausrichtung des sozialen Wirtschaftens wird auf ein alternatives Geschäftsmodell reduziert. Die Solidarwirtschaft ist aber kein « Geschäftsmodell » sondern ein politisches Konzept. Dieses politische Konzept wurde im Jahre 2009 von der damaligen Luxemburger Regierung ins Regierungsprogramm aufgenommen. Nach den ersten vielversprechenden Anstrengungen wurde auf Drängen des damaligen Arbeitsministers, Nicolas Schmit, der über den « Fonds pour l'emploi » zum Teil für die Finanzierung zuständig war eine rein wirtschaftsliberale Diskussion erzwungen. Das Verhindern des Ausbaus des Konzeptes, welche die Einsetzung eines dritten Wirtschaftspfeilers vorsah, stellte die politisch ambitionierten Protagonisten der Solidarwirtschaft ins Abseits. Es ist möglich dass wir jetzt ein « Déjà-vu » dieses Ablaufs auf der Europäischen Ebene erleben könnten. Wie gesagt die Vorarbeiten zu diesem Aktionsplan (<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1537&langId=en>) lassen darauf schliessen. In Luxemburg sind seit fast zehn Jahren die unbequemen Stimmen verstummt. Die von Minister Schmit favorisierten Initiativen wie die MESIS (Maison de l'économie sociale et de l'innovation sociale) sowie die ULESS (Union Luxembourgeoise de l'économie sociale et solidaire) agieren im Fahrwasser der vorgegebenen Leitplanken. Es ist die minimalistische Forderung zu sozial verantwortlichem und ökologisch verantwortungsvollem Wirtschaften. Sie stellen somit keinen Störfaktor mehr für ein Wirtschaftssystem der « pensée unique » dar. Wenn man zur Kenntnis nimmt dass sich heute jeder privatwirtschaftliche Betrieb mit diesen Attributen schmückt und in den Vorarbeiten zum Aktionsplan liest, dass von der Sozialwirtschaft nur gefordert wird, der « Gewinnzweck » und das « Streben nach Profit » dürften nicht die « einzigen Ziele » sein, dann definiert man deren Andersartigkeit nicht besonders.

Das Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire (ILES) hat sich zur Aufgabe gemacht mit seinen bescheidenen Mitteln dieses Engagement des politischen Diskurses in Bezug auf alternative Wirtschaftsformen weiterzuführen. Der dritte Wirtschaftspfeiler, neben der Volks-und Privatwirtschaft, bleibt für uns ein erstrebenswertes Ziel. Das heutige duale System, wo unserer Meinung nach die Volkswirtschaft die Vorgaben der Privatwirtschaft verwaltet anstatt in erster Linie ambitionierte Rahmenbedingungen zu schaffen, wird den Erwartungen der Menschen in sehr vielen Bereichen nicht gerecht. Das von der Privatwirtschaft angewandte und von der Volkswirtschaft verwaltete kapitalistische System ist in seiner Entwicklung als einzige Form des Wirtschaftens zu dominant geworden. Der Diskurs und die damit einhergehende, indoktrinierte Einsicht: « es ist uns noch nie so gut gegangen, noch nie war die Welt reicher als jetzt, noch nie war das Leben leichter als heute » lässt ein Infragestellen der jetzigen Verhältnisse eigentlich nicht zu. Auch keine Alternativen. Die Solidarwirtschaft ist aber angetreten mit der Ambition die Ökonomie zu demokratisieren. Ein Weg dahin kann das Einsetzen eines dritten Wirtschaftspfeilers sein der sich dadurch von den anderen beiden unterscheidet indem diese Betriebe konsequent auf « Gewinn » verzichten, Aufgaben verrichten die die Menschen benötigen und die eine Teilnahme an bezahlter Arbeit für jeden möglich machen. Wenn dies als Utopie und als nicht finanzierbares Modell gelten sollte, so sollte man sich die Diskussion über ein bedingungsloses Mindesteinkommen ansehen. Ein Konzept das als Pilotprojekt bereits mit einigem Erfolg in Finnland oder auch in der Schweiz durchgeführt wird. A priori sehen wir ein solches bedingungsloses Mindesteinkommen dennoch mit gemischten Gefühlen. Einerseits befürworten

wir dass jeder Mensch ein Recht auf ein dezentales Leben hat und er die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung haben muss. Andererseits meinen wir dass ein ultraliberaler Missbrauch dazu führen kann dass wir Menschen mit einem Minimum an Kosten einfach « wegparken » und somit eine neue Zweiklassengesellschaft von auf der einen Seite, produktiven Menschen und auf der anderen, zu Unterhalt verdammt Menschen erschaffen. Ausser dass deren Ansprüche und gegebenenfalls deren Rechte dementsprechend nach unten nivelliert werden könnten, geht es auch um so etwas wie die Würde eines jeden indem wir voraussetzen dass jeder seinen Möglichkeiten folgend, einen Beitrag in Form von Anstrengung und Arbeit zur Gesellschaft leisten will. Dieser dritte, von uns verfolgte Weg scheint uns sinnvoller: Die Bedürfnisse der Menschen erkennen und sie mit der nötigen Arbeitskraft befriedigen. Dies indem « Betriebe » ohne Gewinnzweck diese Rolle übernehmen und als Mittler zwischen « solventen Verbrauchern » und « bezahlten Arbeitskräften » agieren können. Und wir sind der Meinung dass hierfür in Luxemburg noch immer die « Association sans but lucratif » als Grundlage und Modell fungieren kann. Das Gesetz sollte auch dementsprechend modernisiert werden und hierzu hat unser Institut Vorschläge. Eine andere, eher buchhalterische Frage, betrifft die Art und Weise wie solche solidarwirtschaftlichen ASBL's im nationalen Register für wirtschaftliche Tätigkeiten geführt werden (Quelle: STATEC). Im sogenannten NACE (Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté Européenne) finden wir die solidarwirtschaftlichen Betriebe unter der Rubrik Q 88.900 « autre action sociale sans hébergement ». Die Aktivität solidarwirtschaftlicher Betriebe wird also als eine « versorgende » Tätigkeit angesehen. Würde sie in diesem nationalen Register aber unter der Rubrik S 94 « activités des organisations associatives » stehen, wäre sie hier gleichgestellt mit anderen Organisationen welche zum Beispiel für bestimmte Interessengruppen agieren, Einfluss nehmen auf politische Entscheidungen oder Forschung betreiben. Damit wäre schon ein erster Schritt aus der ihnen zugeteilten Betreuungsfalle getan und der Beitrag der solidarischen Betriebe zum Bruttoinlandprodukt würde deutlich qualifizierter berücksichtigt werden. Ein zweiter Schritt würde dann darin bestehen mit dem Einführen des dritten Wirtschaftspfeilers eine neue, eigene Kategorie in den NACE einzuführen. In diesem Kontext fordert die ILES ausserdem, dass der « Fonds pour l'Emploi » auch wirklich eine obligatorische Versicherung für die Menschen wird die in demselben Geiste geführt wird wie die obligatorische Krankenversicherung. Seinerzeit war es der « Fonds de Chômage » welcher umgetauft wurde in einen « Fonds pour l'Emploi » um dieser Idee näherzukommen. Semantisch gesehen ein Fortschritt, praktisch hat sich aber nicht viel geändert, REVIS hin oder her. Der Auftrag wäre in diesem Fall, garantierte Arbeitsplätze zu schaffen indem man von einer nachfragebasierten Wirtschaftspolitik ausgeht. Alle diese Vorschläge stehen also den Vorstellungen, die im Europäischen Aktionsplan für die Sozialwirtschaft geplant, sind diametral gegenüber.

Das ILES hat in diesem Zusammenhang eine Studie vorbereitet die den Ist-Zustand der Sozial- und Solidarwirtschaft in Luxemburg analysiert. Da die Université de Luxembourg, sowie das Luxembourg Institute of Socio-economic Research (LISER) kein Interesse an unserem Projekt hatten, haben wir uns an unsere Kollegen in Frankreich vom Conservatoire National des Arts Métiers aus Paris, der Université de Valenciennes und der Université de Lorraine gewandt. Das Interesse war da und wir arbeiten ganz konkret mit der Association de Promotion des Expérimentations sociales (APEX) aus Metz zusammen und werden die Resultate dieses Forschungsprojektes im vierten Quartal dieses Jahres der Öffentlichkeit vorstellen. Wenn uns schon große gesellschaftliche Umwälzungen und Herausforderungen in naher Zukunft bevorstehen, sprich Klimawandel und Digitalisierung, dann wird dies nur ruhig und besonnen geschehen können wenn dies sozialverträglich gestaltet wird. Das heisst dass nur der soziale Zusammenhalt das Fundament für diese Änderungen sein kann. Wir müssen alle Menschen mitnehmen. Die Solidarwirtschaft ist hier ein Teil der Lösung.

Romain Bieber

Präsident des Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire (ILES)

[www.iles.lu](http://www.iles.lu)

